

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	XI
Einleitung	1
Kapitel 1: Grundlegung: Migrationsverwaltungsrecht	7
A. Rechtsgebiet „Migrationsrecht“	8
I. Gegenstand und Begriffsklärung	8
II. Traditionelle Unterscheidung von Statusgruppen	14
III. Rekonstruktion als Prozess des Statuswandels	18
IV. Statistische Wirklichkeit des Verwaltungshandelns	24
B. Verwaltungsrechtliche Standortbestimmung	31
I. Reform des Verwaltungsrechts	32
II. Grundmodell hoheitlich-imperativer Aufgabenwahrnehmung . . .	36
III. Bedeutung des Migrationsrechts für die Rechtspraxis	41
IV. Migrationsrecht: ein Referenzgebiet?	45
Kapitel 2: Rechtlicher Handlungsrahmen	49
A. Gesetzliche Programmierung der Migrationsverwaltung	50
I. Historische Genese des Migrationsrechts	51
II. Langjährige Zurückhaltung des Bundesgesetzgebers	56
III. Erneuerte administrative Handlungsspielräume	63
B. Verfassungsrechtliche Vorgaben für den Ausländerstatus	67
I. Aufenthaltsrecht kraft staatlicher Zulassungsfreiheit	67
II. Grundrechtliche Grenzen einer Sonderstellung von Ausländern . .	73
III. Kongruenz übergreifender Betrachtungsebenen	77

C. Europäisierung im Spannungsfeld von Unionsbürgerschaft und Ausländerstatus	84
I. Freizügigkeit der Unionsbürger im Binnenmarkt	85
II. Völkerrechtliche Assoziiierung von Drittstaaten	89
III. Harmonisierung im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts	93
IV. Umfang der europarechtlichen Lenkung der Migrationsverwaltung	99
D. Überstaatliche Ergänzung durch das Völkerrecht	106
I. Begrenzter Einfluss des internationalen Migrationsrechts	107
II. Stellung der Europäischen Menschenrechtskonvention	112
III. De-Internationalisierung durch Europäisierung?	117
E. Zusammenfassung	121
 Kapitel 3: Regelung der Wirtschaftsmigration	125
A. Festlegung des Untersuchungsgegenstands	127
I. Handlungsauftrag: eigentlicher Arbeitsmarktzugang von Ausländern	127
II. Regelung der Wirtschaftsmigration im öffentlichen Interesse	131
III. Ungewissheit der nachbarwissenschaftlichen Wirkungszusammenhänge	136
B. Typisierung verwaltungsrechtlicher Regelungsmodelle	140
I. Grundmodell einer Konkretisierung durch die Verwaltung	142
1. Status quo einer gestuften Zulassungsentscheidung	143
2. Modifizierte Fortschreibung als europäische „Blue Card“	148
3. Verwaltungswissenschaftliche Einordnung	152
II. Rückgriff auf verwaltungsexternen Sachverstand	155
1. Einbindung privater und öffentlicher Forschungseinrichtungen	156
2. Verwaltungswissenschaftliche Einordnung	158
III. Befristete Beschäftigung gering qualifizierter Arbeitnehmer	162
1. Saisonarbeitnehmer inländischer Arbeitgeber	163
2. Arbeitnehmerentsendung durch ausländische Unternehmen	166
3. Verwaltungswissenschaftliche Einordnung	171
IV. Mobilitätspartnerschaften mit den Herkunftsstaaten?	174
V. Kontrollierte Privatisierung der Wanderungsentscheidung	179
1. Individualisierte Zulassung im geltenden Recht	180
2. Perspektiven eines Punktesystems	184
3. Verwaltungswissenschaftliche Einordnung	188
C. Zusammenfassung	193

Kapitel 4: Subjektivierung des Ausländerpolizeirechts	197
A. <i>Ausweisungsbefugnis als Spiegel der historischen Entwicklung</i>	198
I. Fremdenpolizeilicher Ursprung vor dem Zweiten Weltkrieg	198
II. Rechtsstaatliche Domestizierung unter dem Grundgesetz	201
III. Menschenrechtliche Neuausrichtung durch Europa- und Völkerrecht?	206
B. <i>Gefahrenabwehr im Migrationsrecht der Gegenwart</i>	211
I. Bedingtheit einer jeden Statusverfestigung	211
II. Möglichkeit des Statusverlusts durch Ausweisung	216
III. Zulässigkeit einer Ausweisung aus Gründen der Generalprävention?	221
IV. Entfaltung der Gefahrenvorsorge im Präventionsstaat	224
C. <i>Grenzen der Ausweisung: Eine Fallstudie zur polyzentrischen Vielfalt des Grundrechtsschutzes</i>	228
I. Europäisches Gemeinschaftsrecht als Vorreiter	231
II. Menschenrechtskonvention als Richtschnur	236
III. Rezeption durch das Bundesverfassungsgericht	241
IV. Schlüsselstellung des Bundesverwaltungsgerichts.	246
V. Konturen des künftigen Ausweisungsrechts	250
D. <i>Zusammenfassung</i>	253
 Kapitel 5: Steuerung der gesellschaftlichen Integration	257
A. „ <i>Integration</i> “ als Schlüsselbegriff der Migrationsstudien	258
I. Rahmenbedingungen der staatlichen Integrationssteuerung	259
II. Funktionen verwaltungswissenschaftlicher Schlüsselbegriffe	263
III. Normative Prägung des Verwaltungshandelns durch Verfassungsrecht	266
IV. Interdisziplinäre Deutungsvielfalt des Integrationsvorgangs	271
B. <i>Querschnittsaufgaben der Migrationsverwaltung</i>	274
I. Horizontale Kohärenz verschiedener Rechtsgebiete	275
II. Vertikale Verwaltungsnetzwerke im Mehrebenenverbund	280
III. Aktivierung und Beteiligung gesellschaftlicher Akteure	285
IV. Konzeptpflichten einer übergreifenden Integrationspolitik	290

<i>C. Integrationsleistungen im migrationsrechtlichen Prozess des Statuswandels</i>	296
I. Gesetzliche Konkretisierung der Integrationsanforderungen	296
II. Zielsetzung des „Förderns und Forderns“	300
III. Durchführung und Verbesserung der Integrationskurse	305
IV. Ergänzungsfunktion staatlicher Einbürgerungstests	309
V. Verbesserte Steuerungsleistung durch den Abschluss von Integrationsvereinbarungen?	312
<i>D. Zusammenfassung</i>	319
 <i>Kapitel 6: Effektuierung der Migrationskontrolle bei Einreiserecht und Ausreisepflicht</i>	323
<i>A. Die Herausforderung: Krise des Ordnungsrechts</i>	324
I. Normativer Anspruch und rechtstatsächlicher Befund	325
II. Blickwinkel der Verwaltungsrechtswissenschaft	332
III. Antwort des Migrationsrechts: mehrstufiges Kontrollregime	335
IV. Einbindung von Transportgesellschaften, Arbeitgebern und Härtefallkommissionen	341
<i>B. Internationalisierung der Migrationsverwaltung</i>	346
I. Zwischenstaatliche Ausrichtung der Reformvorhaben	347
II. Völkerrechtliche Abgrenzung der Asylzuständigkeit	353
III. Informationelle Zusammenarbeit mittels Datenbanken	358
IV. Intensivierung der internationalen Behördenkooperation	364
V. Operative Zusammenarbeit der Grenzschutzbehörden	370
<i>C. Zusammenfassung</i>	375
 Resümee der wesentlichen Ergebnisse	379
 Literaturverzeichnis	395
Sachregister	449